

Türkei unerwünscht? Eine Untersuchung der Einstellungen der Bürger in den 27 Mitgliedsländern der EU zum Beitritt der Türkei

Gerhards, Jürgen; Hans, Silke

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gerhards, J., & Hans, S. (2009). *Türkei unerwünscht? Eine Untersuchung der Einstellungen der Bürger in den 27 Mitgliedsländern der EU zum Beitritt der Türkei*. (Berliner Studien zur Soziologie Europas / Berlin Studies on the Sociology of Europe (BSSE), 18). Berlin: Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie Arbeitsbereich Makrosoziologie. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-195913>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Türkei unerwünscht?

Eine Untersuchung der Einstellungen der Bürger in den 27 Mitgliedsländern der EU zum Beitritt der Türkei

Jürgen Gerhards & Silke Hans

Berliner Studien zur Soziologie Europas

Nr. 18

März 2009

Die „Berliner Studien zur Soziologie Europas“ des Lehrstuhls für Makrosoziologie der Freien Universität Berlin verstehen sich als ein Ort zur Vorpublikation von Beiträgen, die später in Fachzeitschriften und Sammelbänden veröffentlicht werden sollen. Die Beiträge sollen helfen, eine Soziologie Europas zu profilieren; sie stehen auch im Kontext des Master-Studiengangs „Soziologie – Europäische Gesellschaften“.

Gegenstand der Reihe sind Beiträge zur Analyse der Herausbildung einer europäischen Gesellschaftsstruktur und -kultur, vergleichende Analysen, die die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen verschiedenen europäischen Gesellschaften thematisieren, sowie theoretische Versuche einer Soziologie Europas.

Ziel der Reihe ist es, durch die frühe Verbreitung dieser Arbeiten den wissenschaftlichen Gedankenaustausch zu fördern. Die Beiträge sind nur über das Internet als pdf-Datei zu beziehen.

Zitationsweise: BSSE-Arbeitspapier Nr. 18. Berlin: Freie Universität Berlin.

Abstract¹

Seit 2005 verhandelt die Europäische Union mit der Türkei um die Aufnahme des Landes in die EU. Die Türkei hat große Anstrengungen unternommen, um durch politische und wirtschaftliche Reformen die geforderten Beitrittskriterien zu erfüllen; sie hat sich zudem sozioökonomisch und kulturell den Ländern der EU angenähert. Eine Aufnahme der Türkei hängt aber auch von der Zustimmung der Bürger in den jetzigen Mitgliedsländern der EU ab. In welchem Maße die Bürger in den 27 Mitgliedsländern der EU eine Aufnahme der Türkei in die EU begrüßen und wie man die Einstellungen der Bürger erklären kann, steht im Mittelpunkt des Artikels.

In einem ersten Schritt beschreiben wir kurz den Stand der Verhandlungen zwischen der Türkei und der EU und die Entwicklungsschritte, die die Türkei in Richtung einer Annäherung an Europa zurückgelegt hat. Das zweite Kapitel ist einer Analyse der Einstellungen der Bürger zum Beitritt der Türkei in 27 Ländern der EU auf der Basis einer Auswertung einer Eurobarometerumfrage gewidmet. Die deskriptiven Befunde werden zeigen, dass die Mehrheit der Bürger eine Mitgliedschaft der Türkei ablehnt. Gerade in den Ländern, in denen die Ratifikation eines möglichen Beitrittsvertrages nicht auf parlamentarischem Wege, sondern über ein Referendum erfolgen soll, stehen die Bürgerinnen und Bürger einem Beitritt der Türkei besonders ablehnend gegenüber. Die Ablehnungsrate ist im Zeitverlauf sogar gestiegen. Die Ergebnisse zeigen weiterhin, dass es große Unterschiede sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb der Länder gibt.

Wir gehen deswegen im dritten Kapitel der Frage nach, wie man diese Unterschiede erklären kann. Dazu formulieren wir zuerst Hypothesen, die dann mit Hilfe multivariater Analysen überprüft werden. Vier Faktoren können die Einstellungen der Bürger zu einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU relativ gut erklären: Je höher die Bürger den ökonomischen Nutzen eines potentiellen Türkei-Beitritts für ihr Land einschätzen, je geringer die faktischen oder befürchteten kulturellen Unterschiede sind, je positiver die Befragten der Europäischen Union insgesamt gegenüberstehen und je linker ihre politische Orientierung ist, desto eher befürworten sie auch die Erweiterung der EU um die Türkei.

¹ Wir bedanken uns bei Tanja Börzel, Kristin Haker, Michael Mutz, Sylvia Kämpfer und Mike S. Schäfer für hilfreiche Kommentare.

Seit 2005 verhandelt die Europäische Union mit der Türkei um die Aufnahme des Landes in die EU. Jedes Jahr im November legt die Europäische Kommission einen Fortschrittsbericht über den Stand der Verhandlungen vor. Wie der letzte im November 2008 vorgelegte Rapport zeigt, hat die Türkei Fortschritte gemacht, sich den von der EU definierten Standards anzupassen. Die Kommission betont vor allem die gestiegene außenpolitische Bedeutung der Türkei für Europa: Der EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn lobte die vermittelnde Rolle der Türkei zwischen Syrien und Israel, die Annäherung an Armenien, vor allem aber die Rolle der Türkei im Kontext der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Russland und Georgien (Financial Times 28.10.2008). Das Wiedererstarken Russlands als zentraler Spieler auf der weltpolitischen Bühne erhöht offensichtlich den Druck auf die EU, Ländern eine europäische Perspektive zu eröffnen, um sie damit dem Einfluss Russlands zu entziehen.

Trotz einer Anpassung der Türkei an die Beitrittskriterien der EU und trotz des außenpolitischen Drucks haben sich die Aussichten der Türkei auf eine EU-Mitgliedschaft verschlechtert. Die Menschen in den Mitgliedsländern der Europäischen Union sind von einem Beitritt der Türkei nicht begeistert, und der Druck auf die Politik, keine von den Wünschen der Bevölkerung abgekoppelte Europapolitik (mehr) zu betreiben, ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Im Zentrum der folgenden Analysen steht daher eine Untersuchung der Einstellungen der Bürger in den 27 EU-Ländern zu einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU. In einem ersten Schritt beschreiben wir kurz den Stand der Verhandlungen zwischen der Türkei und der EU und die Entwicklungsschritte, die die Türkei in Richtung einer Annäherung an Europa zurückgelegt hat. Das zweite Kapitel ist einer Analyse der Einstellungen der Bürger zum Beitritt der Türkei in 27 Ländern der EU auf der Basis einer Auswertung einer Eurobarometerumfrage gewidmet. Die deskriptiven Befunde werden zeigen, dass die Mehrheit der Bürger eine Mitgliedschaft der Türkei ablehnt. Die Ablehnungsrate ist im Zeitverlauf sogar gestiegen. Auch die Argumente der Bürger für eine (Nicht-)Zugehörigkeit der Türkei zu Europa werden in diesem Abschnitt betrachtet. Die Ergebnisse zeigen weiterhin, dass es große Unterschiede sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb der Länder gibt. Wir gehen deswegen im dritten Kapitel der Frage nach, wie man diese Unterschiede erklären kann. Dazu formulieren wir zuerst Hypothesen, die dann mit Hilfe multivariater Analysen überprüft werden. Im letzten Kapitel fassen wir die Ergebnisse zusammen und diskutieren die politischen Implikationen der Befunde.

1. Erweiterungspolitik der EU und die Entwicklung der Türkei

Die Türkei bemüht sich bereits seit mehreren Jahrzehnten um eine Mitgliedschaft in der EU beziehungsweise ihren Vorläuferorganisationen. Schon 1959 bewarb sie sich um die Mitgliedschaft in der damaligen EWG. 1963 wurde zwischen der EWG und der Türkei ein Assoziationsabkommen abgeschlossen. Der Assoziationsrat der EU beschloss 1995 die Gründung einer Zollunion mit der Türkei, und 1999 erhielt die Türkei durch den Europäischen Rat von Helsinki den Status eines Beitrittskandida-

ten. Sechs Jahre später wurden die offiziellen Beitrittsverhandlungen eröffnet. Daraufhin erfolgte das so genannte Screening-Verfahren, ein Abgleich der Gesetzgebung der Türkei mit dem EU-Recht. Dieses Verfahren ist seit Ende 2006 abgeschlossen. Seitdem läuft die Eröffnung der einzelnen Verhandlungskapitel. Von insgesamt 35 Kapiteln wurden bisher acht eröffnet: Unternehmen und Wirtschaft, Statistik, Finanzkontrolle, Transeuropäische Netze, Verbraucher- und Gesundheitsschutz, Schutz geistiger Eigentumsrechte, Wettbewerbsrecht sowie Wissenschaft und Forschung. Letzteres Kapitel ist vorläufig geschlossen. Im Dezember 2008 ist die Eröffnung von drei weiteren Kapiteln – freier Kapitalverkehr, Wirtschafts- und Währungspolitik und Informationsgesellschaft – erfolgt. Ob ein Kapitel abgeschlossen ist, liegt dabei im Ermessen der Kommission.

Für die Abschätzung der Beitrittsfähigkeit der Türkei gelten dabei die gleichen Bedingungen wie für andere Länder auch, insbesondere die Kopenhagener Kriterien. Dazu gehören neben der Fähigkeit zur Übernahme des „Acquis Communautaire“ und dem wirtschaftlichen Kriterium einer funktionsfähigen Marktwirtschaft vor allem die „institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten“ (Europäischer Rat 1993). Ein Beitritt kann also erst erfolgen, wenn die Türkei die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen sowie die Kriterien des „Acquis Communautaire“ erfüllt.

Wie in den jeweiligen Fortschrittsberichten (z.B. Kommission 2008a) bestätigt wird, hat die Türkei in den letzten Jahren und Jahrzehnten große Schritte in diese Richtung getan. Das verdeutlichen auch makroökonomische und soziale Indikatoren, die den Modernisierungsgrad des Landes beschreiben (Alber 2004, 2007). Insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei war in den letzten Jahren beträchtlich. So ist das pro Kopf erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2002 bis 2007 in der Türkei jedes Jahr um durchschnittlich 5,4 % gewachsen – in den Euro-Ländern und auch in Deutschland dagegen nur um 1,2 %. Das indiziert eine Annäherung der wirtschaftlichen Leistung zwischen der Türkei und der EU. Der aktuelle Fortschrittsbericht der EU bestätigt der Türkei ausreichende makroökonomische Stabilität und mittelfristig die Fähigkeit zur Binnenmarktintegration (Kommission 2008a, 2008b). Auch der generelle Modernisierungsgrad der Türkei – gemessen am HDI-Index, der verschiedene Indikatoren wie Lebenserwartung, Bildung und wirtschaftliche Entwicklung kombiniert – weist einen deutlich positiven Trend auf: Zwischen den Jahren 2001 und 2005 stieg der HDI-Wert (der zwischen 0 und 1 variieren kann, wobei 1 den höchstmöglichen Entwicklungsstand bedeutet) von 0,735 auf 0,775 an.² Hinzu kommt, dass sich die sozialstrukturellen Unterschiede zwischen der Türkei und dem Durchschnitt der Mitgliedsländer der EU in Richtung Konvergenz verändert haben. Der Anteil der in der Türkei in der Landwirtschaft Beschäftigten ist gesunken, das Bildungsniveau der türkischen Bevölkerung hat sich erhöht und der Lebensstandard ist insgesamt gestiegen.

² Vgl. <http://hdr.undp.org/en/statistics>.

Zugleich übt die Kommission mit Recht Kritik an der Menschenrechtslage in der Türkei, an der eingeschränkten Meinungsfreiheit und der fehlenden Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Aber auch in diesen Bereichen hat die Türkei, wenn man sich die Entwicklung in den letzten Jahren anschaut, Fortschritte gemacht, auch wenn diese noch lange nicht ausreichen (Alber 2007). Die positive Entwicklung lässt sich in Maßzahlen abbilden: Nach dem Freedom-House-Index, der Länder nach dem Grad ihrer Demokratisierung bewertet, hat sich die Türkei in den letzten Jahren beständig verbessert. Bei den politischen Freiheiten erreichte sie 2006 einen Index-Wert von 3, während er 2001 noch 4 (auf einer Skala von 1 = komplett frei bis 10 = komplett unfrei) betrug. Bei den bürgerlichen Rechten verbesserte sie sich im gleichen Zeitraum sogar von 5 auf 3 Punkte. Auch im jährlich von der Organisation „Reporters sans frontiers“ erstellten Ranking von Staaten hinsichtlich der Pressefreiheit konnte die Türkei sowohl ihre Platzierung als auch ihr absolutes Ranking verbessern: von 35 Punkten im Jahr 2002 auf 25 Punkte im Jahr 2006. Zum Vergleich: Die am besten eingestuften Länder – Finnland, Irland, Island und die Niederlande – erreichten 0,5 Punkte auf der Unfreiheitsskala, das schlechteste Land, Nordkorea, 109 Punkte. Für Deutschland wurde 2006 ein Wert von 5,5 ausgewiesen.³

Schließlich gibt es auch Veränderungen in den Wertorientierungen der Bürger der Türkei. Wir haben an anderer Stelle untersucht, in welchem Maße sich die Bevölkerung der Türkei in ihren Wertorientierungen von denen der Bürger in anderen Ländern Europas unterscheidet (Gerhards und Hölscher 2005). Grundlage der Untersuchung bilden die Daten der „European Values Study“. Einige der Fragen, die wir ausgewertet haben, sind fünf Jahre später im „World Values Survey“ wieder gestellt worden. Dies ermöglicht es, die Entwicklung der Wertorientierungen der Bürger der Türkei zu rekonstruieren, wenn auch nur über einen sehr kurzen Zeitraum von fünf Jahren. Uns fehlt hier der Raum, detaillierter auf die Untersuchung einzugehen. Wir vergleichen nur die Ergebnisse von 2000 mit denen von 2005 im Hinblick auf ausgewählte Wertebereiche. Tabelle 1 gibt die Befunde von drei Einstellungsmessungen wieder.

Tabelle 1: Zustimmung der Bürger der Türkei zu ausgewählten Wertefragen zu 2 Zeitpunkten

	2000	2005
Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau „Wenn Arbeitsplätze knapp sind, dann bin ich der Ansicht, dass Männer eher ein Recht auf Arbeit haben als Frauen.“	61,9 %	53,3 %
Trennung von Religion und Politik „Politiker, die nicht an Gott glauben, sind ungeeignet für ein öffentliches Amt.“	62,3 %	54,3 %
Demokratische Einstellungen „Man sollte einen starken Führer haben, der sich nicht um das Parlament und Wahlen kümmern muss.“	61,1 %	58,0 %

³ Vgl. Reporter ohne Grenzen auf <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/ranglisten/rangliste-2006.html>.

In allen drei Wertebereichen haben sich leichte Veränderungen ergeben und zwar jeweils in Richtung einer Erhöhung der Zustimmungsraten zu den von der EU erwarteten normativen Standards: Sowohl das Prinzip der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, als auch die Idee der Trennung von Politik und Religion findet 2005 eine etwas größere Unterstützung als fünf Jahre vorher, antidemokratische Einstellungen sind etwas zurückgegangen.

Neben feststellbaren Entwicklungen der Konvergenz und der zunehmenden Erfüllung der Beitrittskriterien scheint das außenpolitische Interesse der EU eine Mitgliedschaft der Türkei nahe zu legen. So stärken nach Ansicht der Kommission Erweiterungen generell und der potentielle Beitritt der Türkei im Besonderen das außenpolitische Gewicht der EU in der Welt (Kommission 2008b). Hinzu kommt die geografische Lage der Türkei als Transitland für Öl- und Erdgaslieferungen und damit ihre strategische Bedeutung für die Sicherung der Energieversorgung der EU. Die aktuelle internationale Machtkonstellation, gerade auch das demonstrative Zeigen von Stärke vonseiten Russlands (Georgienkonflikt, Öllieferungen an die Ukraine und Westeuropa) verdeutlicht die Relevanz der Türkei und erhöht den Druck, die Türkei an Europa zu binden (vgl. Kommission 2008b).

Dennoch: Es gibt verschiedene Ausstiegsmöglichkeiten aus dem Beitrittsprozess, von denen einige EU-Mitgliedsstaaten nach eigenem Bekunden Gebrauch machen werden. So können auf Wunsch eines Drittels der Mitgliedsstaaten die Beitrittsverhandlungen jederzeit ausgesetzt werden, sollte die Türkei z.B. die Bedingungen der EU in Bezug auf Menschenrechte, Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit nicht erfüllen. Selbst wenn der Rat der EU-Regierungen die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei für abgeschlossen erklären, ein Beitrittsdatum festlegen und das Europäische Parlament dem zustimmen sollte, ist der Weg zu einem Beitritt der Türkei noch lange nicht geebnet: Da alle Mitgliedsländer einen möglichen Beitrittsvertrag ratifizieren müssen, bevor er in Kraft tritt, kommt jedem einzelnen Staat die Position eines Veto-spielers zu, der den Beitritt der Türkei verhindern kann. Dass dies passieren wird, ist nicht unwahrscheinlich. Sowohl in Frankreich als auch in Österreich wird die Ratifikation eines Beitrittsvertrages wahrscheinlich nicht rein parlamentarisch, sondern durch Referenden erfolgen. De facto bedeutet das, dass die Bevölkerung dieser Länder über die Frage der EU-Mitgliedschaft der Türkei abstimmen wird. Aber auch in den Ländern, in denen nicht das Volk direkt, sondern seine gewählten Vertreter entscheiden werden, sind die Einstellungen der Bevölkerung eine relevante Bezugsgröße für die politischen Eliten. Der Druck auf die Politik, keine von den Wünschen der Bevölkerung abgekoppelte Europapolitik (mehr) zu betreiben, ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Insofern kommt der Frage, ob die Bürger eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU unterstützen, eine hohe Bedeutung zu.

2. Die Einstellungen der EU-Bürger zum Beitritt der Türkei

Inwieweit die Bürger der 27 EU-Mitgliedsstaaten einen Beitritt der Türkei befürworten, analysieren wir im Folgenden auf Basis einer Sekundäranalyse einer Eurobarometerbefragung (Eurobarometer 66.1).⁴ Diese Befragung wurde 2006 in allen Ländern der EU und in einigen Nichtmitgliedsländern mit Personen ab 15 Jahren durchgeführt. Unsere Analyse beschränkt sich auf die Bürger der 27 EU-Mitgliedsländer, da es ihre Meinungen sind, die für die zukünftige Erweiterungspolitik relevant sind. Die Eurobarometer-Stichproben sind für das jeweilige Land repräsentativ und variieren zwischen 503 interviewten Personen in Zypern und 1.526 Personen in Deutschland. Im Zentrum unserer empirischen Analyse steht die Auswertung folgender Frage: „Sagen Sie mir bitte für jedes der folgenden Länder, ob Sie dafür oder dagegen wären, dass es Teil der Europäischen Union wird“. Die Befragten konnten darauf mit „dafür“ und „dagegen“ antworten – weitere Abstufungen waren nicht vorgesehen.

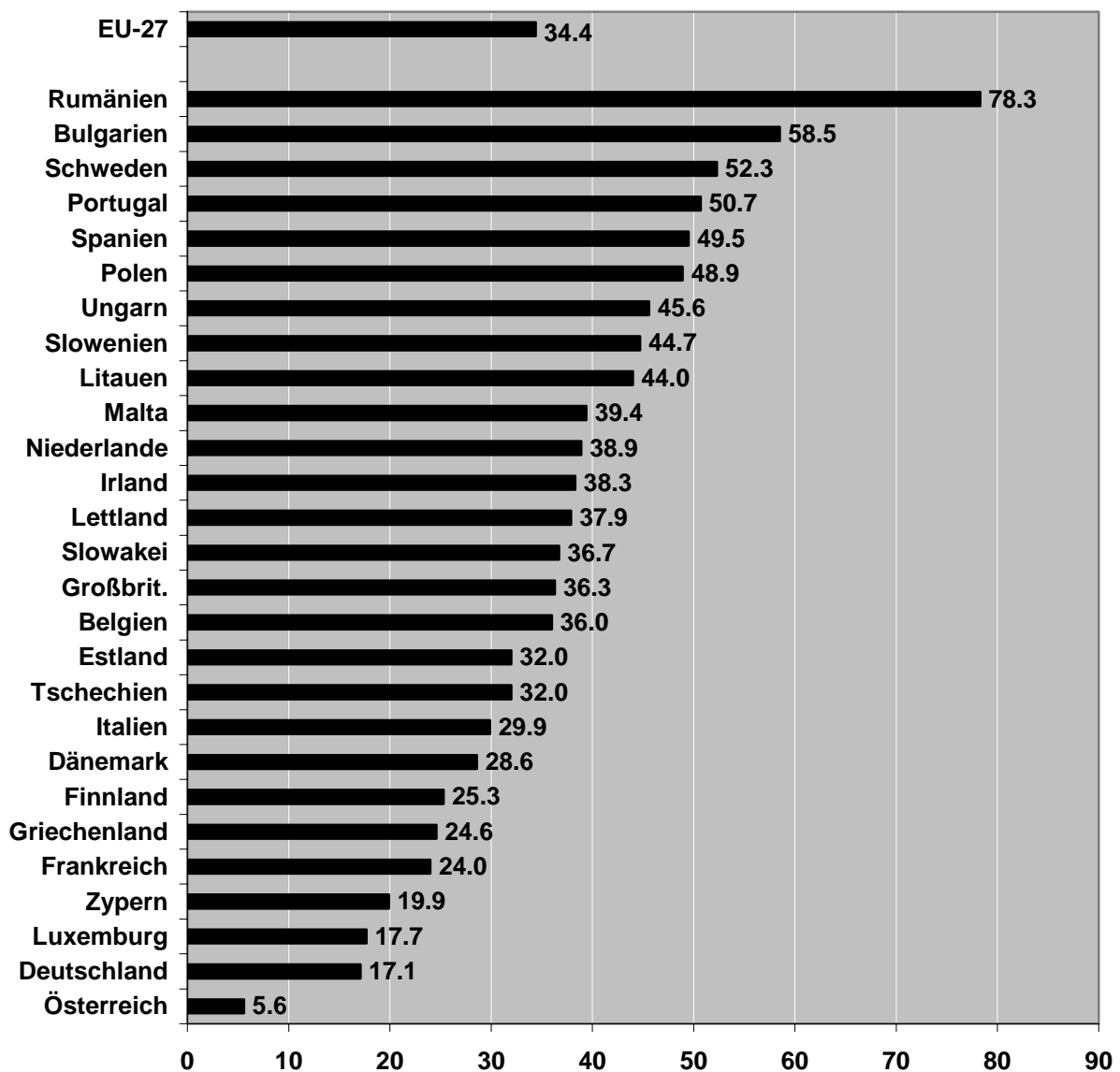
Abbildung 1 gibt einen Überblick über die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger aller EU-Mitgliedsländer zur Aufnahme der Türkei.

Das Ergebnis fällt sehr ernüchternd aus: Nur ca. ein Drittel aller EU-Bürger möchte, dass die Türkei Mitglied der EU wird. Nur in Rumänien, Bulgarien, Portugal und Schweden gibt es eine Mehrheit für einen Beitritt der Türkei, in den anderen 23 Ländern wird das 50-Prozent-Quorum nicht erreicht, zum Teil sogar sehr deutlich unterschritten. Deutschland bringt es auf eine Zustimmung von 17,1 %. Vor allem aber in den beiden Ländern, die bereits jetzt angekündigt haben, dass sie ein Referendum durchführen wollen, fällt die Ablehnung der Türkei sehr deutlich aus: In Frankreich sprechen sich nur 24 % für eine Mitgliedschaft aus, in Österreich sogar nur 5,6 %. Die Chancen, dass eine Mitgliedschaft der Türkei von den Bürgern aller Länder der EU akzeptiert wird, sind also sehr gering.

Zudem zeigt die Abbildung, dass die Bevölkerung vieler Länder hinsichtlich der Frage des Türkei-Beitritts gespalten ist. In den meisten Staaten gibt es viele Beitrittsgegner, aber auch eine relevante Minderheit von Beitrittsbefürwortern.⁵

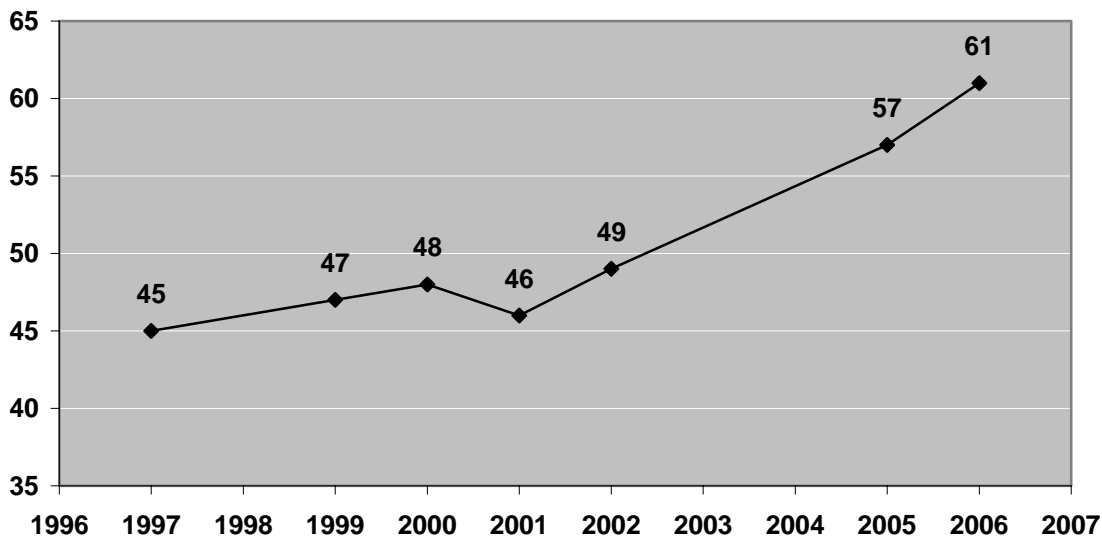
⁴ Den Datensatz kann man über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung erhalten. Informationen über die Eurobarometer-Studien können unter www.gesis.org/en/data_service/eurobarometer/index.htm abgerufen werden.

⁵ Da die entsprechende Variable dichotom erhoben wurde, können wir hier nicht weiter differenzieren, wie stark das Ausmaß der Befürwortung oder Ablehnung ist.

Abb. 1: Zustimmung zum Beitritt der Türkei in den EU-Staaten (in Prozent)

Die Frage, ob die Bürger eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU wünschen, ist in den Eurobarometer-Erhebungen in der Vergangenheit häufiger gestellt worden, allerdings meist nur in den Ländern, die bereits Mitglied der EU sind. Da die mittel- und osteuropäischen Länder erst 2004 bzw. 2007 beigetreten sind, beziehen sich die Ergebnisse in Abbildung 2 allein auf EU-15-Länder. Wie das Schaubild zeigt, ist die Ablehnung einer Mitgliedschaft im Zeitverlauf gestiegen. Vor allem seit Beginn der Diskussion, ob die Türkei Beitrittskandidat werden soll und seit der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen selbst hat die Ablehnung zugenommen.

Abb. 2: Ablehnung einer EU-Mitgliedschaft der Türkei in den EU-15-Ländern im Zeitverlauf (in Prozent)



Vergleicht man die Zustimmungsraten zur Erweiterung der EU um die Türkei mit der Zustimmung zur Mitgliedschaft anderer Länder, dann zeigt sich, dass die überwiegende Ablehnung des Beitritts der Türkei nicht auf eine generelle Erweiterungsmüdigkeit der EU-Bürger zurückzuführen ist. In derselben Umfrage, die Abbildung 1 zu Grunde liegt, wurden die Menschen auch gefragt, ob sie die Mitgliedschaft der Schweiz, Norwegens oder Islands begrüßen würden. Alle drei Länder erhalten Zustimmungsraten über 80 %. Auch die Balkanländer, die entweder wie Kroatien bereits Kandidatenstatus haben oder aber potentielle Kandidatenländer der EU sind (wie Montenegro, Bosnien, Mazedonien, Serbien und Albanien), können sich einer höheren Zustimmung erfreuen als die Türkei, wie wir an anderer Stelle genauer analysiert haben (vgl. Gerhards/Hans 2008; vgl. auch Nissen 2003). Zwar gilt auch für diese Länder, dass ihre Mitgliedschaft im europäischen Club nicht euphorisch begrüßt wird – die Zustimmung reicht von 59,7 % für Kroatien bis 40,3 % für Albanien – die Werte sind aber deutlich positiver als die für die Türkei. Diese Ergebnisse zeigen, dass die Mehrzahl der Menschen in der jetzigen EU einer Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union äußerst skeptisch gegenüber steht.

In der gleichen Eurobarometerbefragung wurden die Interviewten nach ihrer Einstellung zu verschiedenen Gründen gefragt, warum die Türkei nicht zu Europa gehört bzw. der EU beitreten soll. Die Befragten konnten jeweils auf einer Skala von 1 (stimme voll zu) bis 4 (lehne voll ab) angeben, inwieweit sie den in Tabelle 2 genannten Aussagen zustimmen. Die Auswertung dieser Fragen erlaubt es, die Argumente, die einer Ablehnung der Türkei zu Grunde liegen, zu rekonstruieren.⁶ Die Tabelle 2

⁶ Harald Schoen (2008) hat in seiner Analyse der Einstellungen der deutschen Bevölkerung zum Türkeibeitritt die verschiedenen Motive der Befragten als Ursachenfaktoren behandelt. Uns scheint der methodologische Status dieser Aussagen zumindest unklar zu sein, weswegen wir sie nicht als kausale Erklärungen für die Einstellungen zum Türkeibeitritt herangezogen haben. Da in einer Kausalbe-

gibt die Zustimmungsraten der Bürger in den 27 EU-Ländern zu den verschiedenen Aussagen wieder.

Tabelle 2: Zustimmung der Bürger zur Türkei bezüglich ausgewählter Themenbereiche (in Prozent)

	Zustimmung	N
1. Beitritt würde zur Verjüngung der alternden Bevölkerung führen	36,7 %	20.486
2. Die regionale Sicherheit würde durch einen Beitritt gestärkt	40,6 %	21.996
3. Die Türkei gehört von der Geschichte her teilweise zu Europa	50,3 %	22.497
4. Die Türkei gehört geografisch zumindest teilweise zu Europa	64,7 %	23.129
5. Kulturelle Unterschiede Türkei/EU sind zu groß für Beitritt	68,9 %	22.744
6. Beitritt würde Migrationsbewegungen in alte EU-Länder fördern	76,3 %	22.480
7. Türkei muss wirtschaftliche Situation vor Beitritt stark verbessern	89,5 %	22.574
8. Türkei muss vor Beitritt Menschenrechte achten	93,6 %	23.609

Jeweils der Anteil derjenigen, die der Aussage eher zustimmen oder voll zustimmen.

Fast einhellig sind die Bürger der Meinung, dass die Türkei die wirtschaftlichen Verhältnisse verbessern und die Menschenrechtssituation einhalten muss, will sie der EU beitreten. Nicht ganz so hohe Zustimmungsraten erhalten die beiden Aussagen, die auf kulturelle Differenzen abzielen. Es sind aber immerhin mehr als zwei Drittel der Bürger in den 27 EU-Ländern der Ansicht, dass die kulturellen Unterschiede zwischen der Türkei und Europa für einen Beitritt zu groß sind, und 76,3 % erwarten nach einem möglichen Beitritt Migrationsbewegungen von der Türkei in die EU. Nichtsdestotrotz ist die Mehrheit der Befragten der Meinung, dass die Türkei historisch und vor allem geografisch gesehen zumindest teilweise zu Europa gehört. Die

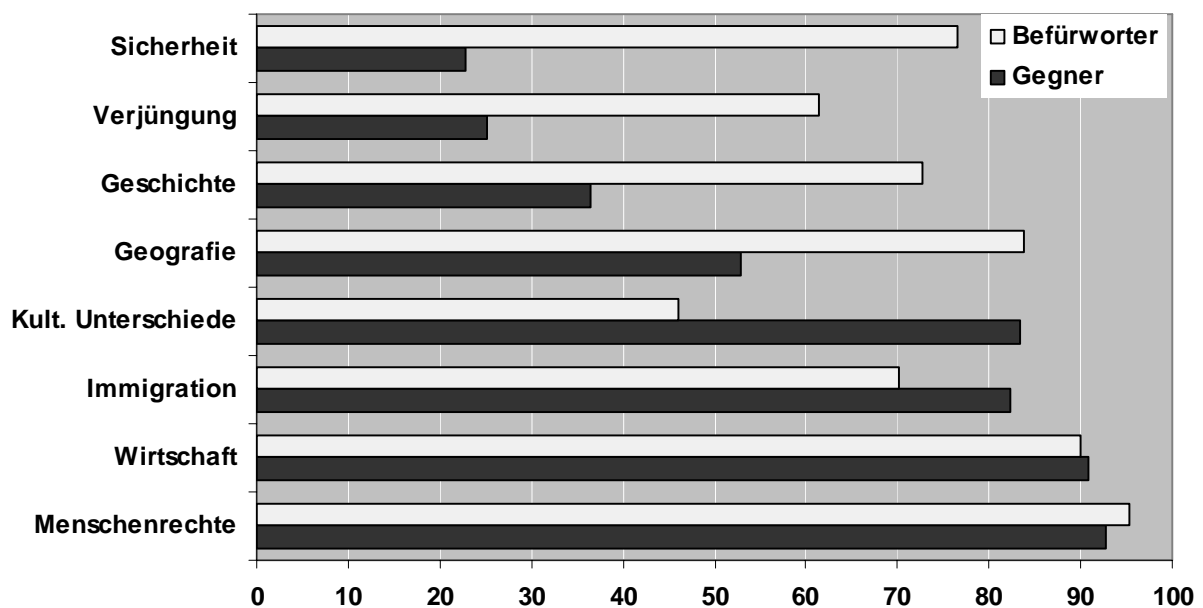
ziehung die Ursache zeitlich vor der Wirkung liegen muss, setzt eine kausale Interpretation voraus, dass die Menschen zuerst der Ansicht sind, dass die Türkei z.B. vor einem Beitritt die Menschenrechte einhalten muss und auf der Basis dieser Einschätzung zu dem Ergebnis kommen, dass die Türkei nicht in die EU aufgenommen werden soll. Es kann sich aber auch umgekehrt verhalten. Menschen haben eine bestimmte Haltung zur EU-Mitgliedschaft der Türkei und suchen sich dazu die passenden Gründe. Diese Gründe haben dann nicht den Status einer Kausalerklärung, sondern einer Ex-Post-Rationalisierung. Gerade in der hier verwendeten Eurobarometer-Umfrage ist dies wahrscheinlich, da *zuerst* nach der Meinung zum Beitritt der Türkei und *direkt danach* nach den Einstellungen zu den zitierten Aussagen zur Türkei gefragt wurde. Jemand, der sich gerade gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei ausgesprochen hat, wird wenige Momente später kaum äußern, dass er die Türkei für einen Teil Europas hält und positive Folgen eines Beitritts ausmachen. Gegen eine solche Antwort spricht nicht nur das psychologische Phänomen der Vermeidung kognitiver Dissonanzen, sondern auch die Interviewsituation, in der Befragte einen sozialen Druck verspüren, sinnvolle und logisch nachvollziehbare Antworten zu geben (Esser 1986; Diekmann 2007: 446 ff.).

beiden möglichen positiven Folgen einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU – Erhöhung der äußeren Sicherheit und eine Verjüngung der Bevölkerung – erhalten im Vergleich zu den ersten vier Fragen eine deutlich geringere Zustimmung. 40 % der Bürger gehen davon aus, dass eine Mitgliedschaft der Türkei die Sicherheit der Region stärken würde und 36 % vermuten, dass sich mit einer Mitgliedschaft eine Verjüngung der Bevölkerung erreichen ließe.

Wirtschaftliche Unterschiede zwischen der Türkei und Europa, die Menschenrechtssituation in der Türkei, wahrgenommene kulturelle Unterschiede und Befürchtungen vor Migrationen sind für die Bürger scheinbar die wichtigsten Argumente, warum sie einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU skeptisch gegenüberstehen. Die Einschätzungen der Bürger decken sich so zum Teil mit den Argumenten, die in den Massenmedien formuliert werden, wie eine Inhaltsanalyse von Kommentaren deutscher Qualitätszeitungen gezeigt hat (Schäfer/Zschache 2008).

Wir haben im nächsten Schritt analysiert, inwieweit sich Befürworter und Gegner einer EU-Mitgliedschaft der Türkei in ihrer Einschätzung der genannten Aussagen unterscheiden. Abbildung 2 zeigt die Ergebnisse.

Abb. 1: Meinungsunterschiede zwischen Beitrittsbefürwortern und Gegnern im Hinblick auf die Türkei (in Prozent)



Angegeben ist jeweils der Anteil derjenigen, die der Aussage eher zustimmen oder voll zustimmen.

In den beiden Bereichen, die für die Bürger besonders bedeutsam sind, gibt es zwischen Befürwortern und Gegnern eines Beitritts der Türkei kaum Unterschiede. Beide Lager gehen davon aus, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei verbessern und die Türkei Menschenrechte einhalten muss, damit sie beitreten kann. Wenn auch eingeschränkt, gilt dies auch für die Frage der Migration. Auch die Befürworter eines Beitritts der Türkei gehen davon aus, dass ein Beitritt mit Migrationen verbunden sein wird. Offensichtlich bewerten die beiden Gruppen die Migratio-

nen aber unterschiedlich. Anders verhält es sich mit den wahrgenommenen kulturellen Unterschieden. 80 % der Beitrittsgegner glauben, dass zwischen den Ländern der Europäischen Union und der Türkei kulturelle Unterschiede bestehen, die so groß sind, dass sie einem Beitritt der Türkei entgegenstehen. Dieser Meinung sind weniger als 50 % derjenigen, die für einen Beitritt der Türkei sind. Auch in der Frage, ob die Türkei historisch und geografisch zu Europa gehört, sind Befürworter und Gegner eines Beitritts gespalten. Mehr als 70 % der Befürworter halten die Türkei historisch für einen Teil Europas, mehr als 80 % glauben, dass das Land geographisch zu Europa gehört. Unter den Beitrittsgegnern ist die Zustimmung hier jeweils um mehr als 30 Prozentpunkte geringer.

Mindestens ebenso relevant für die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei ist die Einschätzung der möglichen Folgen eines solchen Beitritts. So glauben nur etwa ein Viertel der Beitrittsgegner, dass die Mitgliedschaft der Türkei in der EU einen positiven Effekt auf die demografische Situation in den EU-Ländern haben könnte und dass sie sich positiv auf die regionale Sicherheit auswirken würde. Von den Beitrittsbefürwortern glauben das mehr als 60 % (Demografie) bzw. mehr als drei Viertel (Sicherheit). Ihre Einschätzung wird auch von der EU geteilt, die zunehmend die strategische Rolle der Türkei für die politische Stabilität und Sicherheit im Nahen Osten und im Kaukasus und für die Sicherung der Energieversorgung der Länder der EU betont.

3. Erklärung der Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger

Im vorigen Abschnitt wurde gezeigt, dass eine große Mehrheit der EU-Bevölkerung einem Beitritt der Türkei sehr skeptisch gegenübersteht, wobei es große Länderunterschiede gibt. Auch innerhalb der einzelnen Länder gibt es Unterschiede in der Befürwortung eines Türkei-Beitritts. Abbildung 1 zeigt, dass die Bevölkerung vieler EU-Staaten in dieser Frage gespalten ist – die Mehrheit der Menschen lehnt einen Beitritt der Türkei ab, aber eine relevante Minderheit ist für einen Beitritt. In diesem Abschnitt werden wir versuchen, diese Unterschiede zu erklären. Dabei beschränken wir uns auf systematische Gründe und vernachlässigen historische oder aktuelle politische Auseinandersetzungen zwischen einigen EU-Staaten und der Türkei, wie die Konflikte mit Zypern einerseits und Griechenland andererseits. Solche Konflikte wirken sich sicherlich auf die Einstellungen der Bürger in diesen Ländern zum Türkei-Beitritt aus; es handelt sich aber um singuläre Faktoren, die sich in einer systematischen Analyse nicht gut berücksichtigen lassen.

3.1 Ökonomische Kosten

Viele Studien haben gezeigt, dass Nutzenerwägungen für die Einstellung zu verschiedenen Aspekten der Europäischen Integration eine bedeutsame Rolle spielen (Eichenberg/Dalton 1993; Gabel 1998; Gabel/Palmer 1995; Anderson/Reichert 1996; Anderson/Kaltenthaler 1996; Hooghe/Marks 2005; Berezin/Díez-Medrano 2008; Schoen 2008). Unsere erste Hypothese lautet demzufolge:

H1: *Je höher der ökonomische Nutzen eines EU-Beitritts der Türkei ist bzw. je höher der Nutzen von den Befragten eingeschätzt wird, desto positiver ist die Einstellung zum Beitritt der Türkei.*

Diese allgemeine Hypothese werden wir im Folgenden genauer spezifizieren. Mit der Türkei würde ein Land beitreten, das trotz aller Fortschritte in den letzten Jahren wirtschaftlich weniger entwickelt ist als die jetzigen Mitgliedsländer – auch als die 2004 und 2007 beigetretenen osteuropäischen Staaten. So betrug das Bruttoinlandsprodukt in der Türkei im Jahr 2006 – dem Jahr der hier benutzten Eurobarometer-Umfrage – nur 9.700 Euro pro Kopf, während es in den 27 Mitgliedstaaten der EU bei durchschnittlich 23.600 Euro lag.⁷ Um diese ökonomischen Unterschiede auszugleichen – die strukturelle Konvergenz der Mitgliedsländer ist schließlich eines der wichtigsten Ziele der EU – wird ein Beitritt der Türkei mit Transferzahlungen und damit mit finanziellen Kosten für die wohlhabenderen EU-Staaten und deren Bürger verbunden sein. Das betrifft insbesondere diejenigen Länder, die jetzt schon Netto-Zahler sind, die also in finanzieller Hinsicht nicht direkt von ihrer EU-Mitgliedschaft profitieren. Auf sie dürften im Falle eines Türkei-Beitritts noch höhere Kosten zukommen als bisher. Da die Bürger dieser Länder diese Kosten wahrscheinlich antizipieren, werden sie dem Beitritt der Türkei gegenüber negativer eingestellt sein als Menschen in den Netto-Empfängerländern, die von ihrer EU-Mitgliedschaft direkt finanziell profitieren und daher (noch) keine Erfahrungen mit eventuellen fiskalischen Kosten einer EU-Mitgliedschaft haben. Ein Indikator für die Kosten-Nutzen-Erwägungen der Menschen ist also der Status als *Nettoempfängerland*.⁸

Neben den direkten fiskalischen Auswirkungen sind die verschiedenen Mitgliedsstaaten der EU auch von einer weiteren möglichen Konsequenz eines Türkei-Beitritts betroffen: Wie Tabelle 2 zeigt, glaubt eine große Mehrheit der EU-Bürger, dass ein Beitritt mit Migrationsbewegungen in die anderen EU-Länder verbunden wäre. Diese Annahme ist durchaus realistisch, denn spätestens nach einer Übergangsfrist würden die Freizügigkeitsregeln auch für Personen aus einem neuen EU-Mitgliedsstaat Türkei gelten. Solche Wanderungsbewegungen könnten aber für die Empfängerländer und deren Bevölkerung mit ökonomischen Nachteilen verbunden sein, z.B. durch eine verstärkte Konkurrenz in bestimmten Segmenten des Arbeitsmarktes. Davon wären jedoch nicht alle EU-Staaten in gleichem Maße betroffen. Erstens findet Einwanderung generell bevorzugt in bestimmte Länder statt, besonders in die ökonomisch gut positionierten alten EU-Mitgliedsstaaten. Das ist auch für po-

⁷ Vgl. Eurostat

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=POTAL&screen=detailref&language=de&product=REF_TB_national_accounts&root=REF_TB_national_accounts/t_na/t_nama/t_nama_gdp/tec00001; 20.11.2008.

⁸ Andererseits könnten gerade die jetzigen Nettoempfängerländer besonders viel durch den Beitritt eines ökonomisch schwächeren Landes verlieren, da sie dadurch zu Nettozahlern werden könnten. In diesem Fall sollte die Variable „Nettoempfängerland“ einen negativen Einfluss auf die Befürwortung des Türkei-Beitritts haben.

tentielle Migrationsbewegungen aus der Türkei nach einem EU-Beitritt zu erwarten. Als Indikator für die potentielle Betroffenheit von Migrationsbewegungen verwenden wir den aktuellen *Ausländeranteil* in den einzelnen Ländern im Jahre 2006. Er variiert zwischen 0,1 % in Rumänien und 40 % in Luxemburg. Ein zweiter Länderunterschied besteht in den konkreten Auswirkungen von Migrationsbewegungen auf den Arbeitsmarkt: In Ländern mit einer ohnehin angespannten Arbeitsmarktsituation wird eine vermehrte Einwanderung zu einer Verschärfung der Lage beitragen. Im Gegensatz dazu stellt Einwanderung in Ländern mit sehr geringer Arbeitslosigkeit eine Möglichkeit dar, einen Arbeitskräftemangel zu beseitigen und wird dort auch von der Bevölkerung eher begrüßt werden. Wir benutzen daher die *Arbeitslosenquote* als weiteren Indikator zur Erklärung von Länderunterschieden in Einstellungen zur EU-Erweiterung.

Neben Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern gibt es auch erhebliche Unterschiede in den Einstellungen zu einem EU-Beitritt der Türkei auf der Individualebene. Hier kann die konkrete ökonomische Situation einzelner Menschen ihre Kosten-Nutzen-Erwägungen hinsichtlich eines Türkei-Beitritts erklären. So argumentieren Gabel und Palmer (1995), dass die mit der Europäischen Integration verbundene Liberalisierung der Märkte tendenziell negative Konsequenzen für Menschen hat, deren eigene ökonomische Situation eher prekär ist, z.B. durch eine schlechte Stellung am Arbeitsmarkt und eine geringe Ausstattung mit Humankapital. Diese Annahme wird auch von anderen Autoren (Gabel 1998; Hooghe/Marks 2005) empirisch bestätigt und trifft nicht nur auf die Haltung der Menschen zur politischen Vertiefung zu, sondern auch auf Einstellungen zur EU-Erweiterung. So haben die durch Erweiterungen ausgelösten Migrationsbewegungen eher negative Konsequenzen für Menschen mit geringem Qualifikationsniveau, die am Arbeitsmarkt leicht zu ersetzen sind. Auch Arbeitslose sollten die durch verstärkte Einwanderung erhöhte Konkurrenz in bestimmten Arbeitsmarktsegmenten als Bedrohung für die eigenen ökonomischen Chancen wahrnehmen. Für Menschen in höheren beruflichen Positionen ergibt sich durch Einwanderer dagegen keine vermehrte Konkurrenz am Arbeitsmarkt. Im Gegenteil: Sie könnten sogar von den aus dem größeren Arbeitskräfteangebot resultierenden geringen Löhnen durch preisgünstigere Waren und Dienstleistungen profitieren. Wir benutzen daher das Qualifikationsniveau, d.h. die *Bildung* der Befragten und ihren möglichen Status als *Arbeitslose* (0 = nicht arbeitslos, 1 = arbeitslos) als Indikatoren für die individuelle objektive wirtschaftliche Situation und nehmen an, dass geringer Gebildete und Arbeitslose sich eher gegen einen EU-Beitritt der Türkei aussprechen werden. Die Bildung wird dabei über das Alter beim

Erwerb des höchsten Bildungsabschlusses operationalisiert,⁹ wobei Werte größer als 25 Jahre zusammengefasst wurden.¹⁰

Für die Abwägung von Kosten und Nutzen eines potentiellen Türkei-Beitritts spielen jedoch nicht nur objektive Gegebenheiten wie die soziale Lage der Menschen eine Rolle, sondern auch deren subjektive Einschätzung durch die Befragten selbst. Menschen, die ihre eigene wirtschaftliche Situation als gesichert wahrnehmen, werden sich auch weniger durch potentielle Einwanderer bedroht fühlen als diejenigen, die ihre eigene Lage pessimistisch einschätzen. Das gilt unabhängig von der tatsächlichen ökonomischen Situation der Befragten. Auch die subjektiven Einschätzungen können sich sowohl auf die Situation der Befragten selbst als auch die eines ganzen Landes beziehen. Wir verwenden daher sowohl einen *Index der Einschätzung der persönlichen ökonomischen Situation* als auch einen *Index zur Einschätzung der ökonomischen Situation des Landes* zur Erklärung der Einstellungen zum EU-Beitritt der Türkei. Der erste Index wurde additiv aus zwei Variablen gebildet, nämlich den Fragen, wie jemand die Aussichten für seine persönliche finanzielle Situation und seine Arbeitsmarktsituation in den kommenden 12 Monaten einschätzt (schlechter, genauso gut, besser). Der daraus entstandene Index ist demzufolge 5-stufig. Cronbachs Alpha, ein Maß für die interne Konsistenz einer Skala, beträgt 0,66, was für eine Skala, die aus nur zwei Variablen gebildet wurde, akzeptabel ist. Für den Index zur Situation des Landes wurden die Einschätzungen der Befragten zur wirtschaftlichen Situation des Landes und zum Arbeitsmarkt des Landes (sehr schlecht, schlecht, gut, sehr gut) addiert, sodass eine 7-stufige Skala entsteht. Cronbachs Alpha ist hier 0,79. Bei beiden Indizes stehen hohe Werte für eine optimistische Einschätzung.

Auch für die objektive Makrovariable „Nettoempfängerland“ steht im Eurobarometer eine subjektive Einschätzung zur Verfügung. Jede Person wurde gefragt, ob sie glaubt, dass ihr Land von seiner EU-Mitgliedschaft eher profitiert oder nicht (0 = profitiert nicht, 1 = profitiert).¹¹ Daraus wurde von uns eine gemeinsame Variable *Profit durch EU-Mitgliedschaft* gebildet.

Es gibt also auf verschiedenen Ebenen sowohl objektive als auch subjektive Indikatoren für die Kosten-Nutzen-Abwägung der Menschen zum Türkei-Beitritt. Tabel-

⁹ Sicherlich wäre hier eine Operationalisierung über Schulabschlüsse geeigneter, die aber im Eurobarometer nicht zur Verfügung steht. Da es sich hier um eine Sekundäranalyse handelt, kann nicht in jedem Fall auf die bestmöglichen Indikatoren zurückgegriffen werden. Das gilt natürlich auch für die anderen Erklärungsvariablen.

¹⁰ Hierbei ließe sich unter Rückgriff auf das Heckscher-Ohlin-Theorem vermuten, dass insbesondere in den reicheren EU-Ländern der Unterschied zwischen hoch gebildeten Menschen und denjenigen mit weniger Bildung in Bezug auf die Einstellung zum Türkei-Beitritt stark ausgeprägt sein sollte, während in den ärmeren Ländern sogar ein umgekehrter Effekt zu erwarten wäre (vgl. O'Rourke 2003; Hooghe/Marks 2005). Diese Vermutung hat sich empirisch jedoch nicht bestätigt – weder in separaten Analysen für arme und reiche EU-Länder noch unter Berücksichtigung eines Interaktionseffektes zwischen Bildung und Bruttoinlandsprodukt.

¹¹ Da die hier verwendete Umfrage kurz vor dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens durchgeführt wurde, wurde in diesen beiden Ländern in etwas abweichender Form gefragt, ob die Befragten glauben, dass ihr Land von einer EU-Mitgliedschaft profitieren würde.

le 3, die sich an einer Darstellung von Liesbet Hooghe und Gary Marks (2005: 422) orientiert, fasst die verschiedenen Faktoren noch einmal zusammen.

Tabelle 3: Indikatoren für Kosten-Nutzen-Kalkulation

	Individuelle Ebene	Gesellschaftliche Ebene
Objektive Lage	* Bildung * Arbeitslosigkeit	* Netto-Empfängerland * Arbeitslosenquote im Land * Ausländeranteil im Land
Subjektive Bewertung	* Persönliche wirtschaftliche Situation	* Wirtschaftliche Situation des Landes * Profit durch EU-Mitgliedschaft

3.2 Kulturelle Unterschiede

In Abschnitt 2 wurde gezeigt, dass viele EU-Bürger der Meinung sind, dass zwischen der Türkei und den Ländern der Europäischen Union so große kulturelle Unterschiede bestehen, dass ein Beitritt der Türkei aus diesem Grund nicht infrage kommt. Zudem vermuten viele Menschen, dass eine Mitgliedschaft der Türkei zu Migrationsbewegungen führen wird. Einige dieser Menschen befürchten, dass ihre eigene Kultur durch die Einwanderung überfremdet wird. Auch andere Studien zeigen, dass die Angst, die eigene Kultur könnte durch die Europäische Integration bedroht sein, Menschen zu Euro-Skeptikern werden lässt (Carey 2002; McLaren 2002; Rippl et al. 2005). Hooghe und Marks (2005) zeigen, dass kulturelle Variablen sogar einen stärkeren Einfluss auf allgemeine Einstellungen zur Europäischen Integration haben als ökonomische Nutzenüberlegungen. Unsere zweite Hypothese lautet entsprechend:

H2: Je stärker die kulturellen Unterschiede zwischen dem Befragten und der Türkei sind und je stärker eine Mitgliedschaft der Türkei als kulturelle Bedrohung gesehen wird, desto stärker die Ablehnung der Türkei als zukünftiges EU-Land.

Auch diese allgemeine Hypothese wollen wir im Folgenden genauer spezifizieren. Kulturelle Unterschiede können sich auf so verschiedene Dinge beziehen wie Sprache, Religion und Wertvorstellungen in verschiedenen Bereichen (vgl. Gerhards 2007). Insbesondere Unterschiede in der Religion könnten erklären, warum die EU-Bevölkerung gerade der Türkei so skeptisch gegenübersteht, wohingegen der Beitritt anderer Länder von den Menschen durchaus begrüßt wird (Gerhards/Hans 2008). Im Gegensatz zu diesen Ländern ist die Bevölkerung der Türkei dominant muslimisch – wodurch sich die christliche Mehrheit in den EU-Ländern bedroht fühlen könnte. Strabac und Listhaug (2008) weisen mit Daten der „European Values Study“ nach, dass die Menschen in vielen europäischen Ländern negativere Einstellungen gegen-

über Muslimen als gegenüber Immigranten haben. So gaben in Westeuropa durchschnittlich 11 % der Befragten an, keine Immigranten als Nachbarn haben zu wollen, und 15 % mochten keine muslimischen Nachbarn. In Osteuropa lagen die Zahlen sogar bei 19 bzw. 24 % (Strabac/Listhaug 2008: 278). Im Eurobarometer gibt es zwar keinen direkten Indikator für die Angst vor religiösen Unterschieden. Es ist jedoch plausibel anzunehmen, dass diese Einstellung von der *individuellen Religion* der Befragten abhängt. Wer beispielsweise selbst Muslim ist, wird gegen einen Beitritt der Türkei zumindest aus religiösen Gründen nichts einzuwenden haben, wohingegen das bei Christen durchaus der Fall sein könnte. Wir überprüfen daher den Einfluss der Konfession (konfessionslos, katholisch/protestantisch, orthodox, muslimisch) auf die Einstellung zur EU-Mitgliedschaft der Türkei.

Die durch einen Beitritt der Türkei möglicherweise ausgelösten Migrationsbewegungen in die wohlhabenderen Länder der EU sind nicht nur mit ökonomischen Nachteilen für bestimmte Bevölkerungsschichten verbunden, sondern auch mit Ängsten vor einer Bedrohung der eigenen Lebensweise und Kultur. De Vreese und Boomgarden (2005) konnten z.B. zeigen, dass Anti-Migrationseinstellungen einen Einfluss auf europaskeptische Einstellungen haben. Migranten werden in der Regel nicht als Bedrohung wahrgenommen, wenn sie aus Ländern kommen, die selbst wohlhabend und dem Einwanderungsland kulturell ähnlich sind. Die Türkei dagegen ist nicht nur ökonomisch schwächer entwickelt als die meisten EU-Länder, sondern steht zum Teil auch in einer anderen kulturellen und religiösen Traditionslinie. Entsprechend prüfen wir, ob Befragte, die Migranten als kulturelle Bereicherung interpretieren, sich eher für eine Erweiterung um die Türkei aussprechen. Dazu konnten die Befragten angeben, ob sie der Meinung sind, dass Einwanderer viel zu ihrem Land beitragen (0= nein, 1= ja).

3.3 Politische Orientierungen

Wenn Themen zu politischen Themen werden, dann werden sie meist mit Hilfe von allgemeinen politischen Orientierungen interpretiert. Die Frage der Mitgliedschaft der Türkei ist in vielen Ländern der EU ein politisches Thema geworden. Das Links/Rechts-Schema stellt ein abstraktes ideologisches Raster dar, mit dem die Bürger politische Themen interpretieren. Es erleichtert den Menschen eine Orientierung und eine eigene Positionsbestimmung bezüglich einer Vielzahl unterschiedlicher konkreter Themen. Mit den Polen rechts und links sind unterschiedliche gesellschaftliche Werte und politische Ideologien verbunden. Dieter Fuchs und Hans-Dieter Klingemann (1990) haben diese Vorstellungen auf der Basis einer Umfrage in drei Ländern empirisch rekonstruiert. Mit rechten Vorstellungen sind im stärkeren Maße Ideen der nationalen Identität, des Nationalismus, der Systemerhaltung und der nationalen Schließung verbunden, mit linken Vorstellungen im höheren Maße Ideen der Gleichheit und Solidarität, des Sozialismus und der Internationalität. Wir vermuten entsprechend:

H3: Menschen mit einer rechten politischen Orientierung lehnen den Beitritt der Türkei eher ab als Menschen mit einer linken oder moderaten Einstellung.

In anderen Studien zur Europäischen Integration hat sich gezeigt, dass diejenigen, die sich im Links-Rechts-Spektrum als links verorten, eine positivere Einstellung gegenüber der EU haben als Menschen, die sich als rechts orientiert einschätzen (z.B. McLaren 2002). Ähnliches gilt für die mediale Berichterstattung in Zeitungen. Rechte Zeitungen sprechen sich eher gegen, linke Zeitungen eher für einen Beitritt der Türkei aus (Schäfer/Zschache 2008). Andere Autoren argumentieren allerdings, dass es eher extreme politische Orientierungen sind – egal ob links oder rechts, welche die Einstellung zur Europäischen Union negativ beeinflussen (z.B. Berezin/Díez-Medrano 2008). Das gilt nicht nur für individuelle politische Orientierungen, sondern auch für Parteien. So weisen Carrubba (2001) und Marks et al. (2002) nach, dass moderat-konservative bzw. sozialdemokratische Parteien in den meisten Ländern pro-europäischere Programme vertreten als Parteien an den extrem linken und rechten Enden des politischen Spektrums. Zur Messung der politischen Orientierung steht im Eurobarometer eine 10-stufige Skala zur Verfügung, auf der sich die Befragten von „links“ bis „rechts“ einschätzen können. Da es möglich ist, dass zwischen der *Links-Rechts-Orientierung* und der Einstellung zur EU-Erweiterung ein nichtlinearer Zusammenhang besteht, fassen wir die Ausprägungen 1 bis 3 der Skala zu einer neuen Variable „Links“ zusammen, die Ausprägungen 4 bis 7 zu einer Variable „Mitte“ und die Ausprägungen 8 bis 10 zu einer Variable „Rechts“.

3.4 Allgemeine Einstellungen zur Europäischen Integration

Unabhängig von der politischen Orientierung kann man davon ausgehen, dass die Einstellungen zum Beitritt der Türkei auch von der Europa-Orientierung der Befragten und ihrer allgemeinen Einstellung zur Europäischen Union beeinflusst werden.¹² Unter Wissenschaftlern und Politikern wird zwischen dem Prozess der weiteren Vertiefung der Europäischen Union und der zunehmenden Erweiterung ein Zielkonflikt wahrgenommen: Die Institutionen der EU in ihrer jetzigen Form seien schon mit den Folgen der vergangenen Erweiterungsrunde – fiskalische Kosten, große sozialstrukturelle und ökonomische Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern, Migrationsbewegungen, eine zunehmend große Anzahl an Entscheidungsträgern und damit potentiellen Vetospielern – überfordert. Das erschwert nicht nur die politischen Ent-

¹² Anders als die in Abschnitt 2 aufgeführten Meinungen der Befragten zur Türkei lassen sich die generellen Einstellungen zur EU als kausale Ursachen für die Einstellungen zum Türkei-Beitritt interpretieren. Erstens sind diese Einstellungen eher genereller Natur, bzw. beziehen sich auf andere konkrete Objekte (z.B. die Institutionen der EU), während die oben aufgeführten Argumente sich auf das gleiche Einstellungsobjekt wie die abhängige Variable (nämlich die Türkei) bezogen hatten und damit zu nah an dieser Variable waren. Zudem entfällt bei den Einstellungen zur EU auch der oben erwähnte Halo-Effekt, denn die Fragen zu diesen Einstellungen waren an ganz anderen Stellen im Fragebogen platziert als die Frage nach der Befürwortung des Türkei-Beitritts.

scheidungsprozesse auf EU-Ebene, sondern kann in bestimmten Bereichen bis zur Handlungsunfähigkeit der EU führen (Lang/Schwarzer 2007). Eine Mitgliedschaft der Türkei würde die Entscheidungsprozesse wahrscheinlich noch komplizierter machen. Da die Türkei ein sehr bevölkerungsreiches Land ist, würde die Türkei viele Mitspracherechte erhalten; zudem handelt es sich um ein Land mit starken kulturellen und sozioökonomischen Differenzen zum Rest der EU. Vor einer Erweiterung müssen daher jeweils entsprechende Vertiefungsschritte, wie eine Anpassung des Vertragswerkes, unternommen werden und es muss geprüft werden, ob die Handlungsfähigkeit der Institutionen der EU nach der Erweiterung gesichert ist (Lang/Schwarzer 2007: 22ff.). Ein solcher Zielkonflikt zwischen Erweiterung und Vertiefung wird nicht nur von den europäischen Eliten wahrgenommen, sondern auch von vielen Bürgern. So zeigen Karp und Bowler (2006), dass mehr als 30 % der Bürger der damaligen 15 EU-Staaten sich zwar für eine zunehmende Vertiefung der Europäischen Union aussprechen, aber gleichzeitig gegen die Erweiterung um neue Mitgliedsstaaten (Karp/Bowler 2006: 376) sind. Wir gehen deshalb davon aus, dass die Einstellung zur Vertiefung der EU Auswirkungen auf die Einstellung zur Erweiterung um die Türkei hat:

H 4a: Menschen, die sich für eine Vertiefung der EU aussprechen, sind eher gegen den Beitritt der Türkei als Gegner einer Vertiefung.

Unter der *Einstellung zur Vertiefung* verstehen wir dabei die Zustimmung oder Ablehnung der Befragten zur Europäisierung bestimmter Politikfelder. Der Index zur Einstellung zur Vertiefung wird additiv aus der Befürwortung (0 = lehne ab, 1 = stimme zu) einer gemeinsamen Währung, einer gemeinsamen Außenpolitik, einer gemeinsamen Verteidigungspolitik und einer Verfassung der Europäischen Union gebildet. Cronbachs Alpha ist hier 0,70.

Ein Grund für die Skepsis vieler Menschen – gerade auch der Befürworter der Europäischen Integration in Form einer Vertiefung – hinsichtlich zukünftiger Erweiterungsrunden ist die Befürchtung, dass die Institutionen der EU nicht in der Lage wären, mit den Folgen einer solchen Erweiterung umzugehen. Wer allerdings glaubt, dass die Europäische Union und ihre Institutionen gut funktionieren, sollte auch einem Beitritt weiterer Länder offener gegenüberstehen, unabhängig davon, ob er eine Vertiefung befürwortet oder nicht. Wir testen daher den Effekt des allgemeinen Vertrauens in die EU auf die Einstellung zum Türkei-Beitritt:

H 4b: Befragte, die der Europäischen Union als Institution vertrauen, befürworten den Beitritt der Türkei eher als diejenigen, die der EU nicht vertrauen.

Die Variable *Vertrauen in die EU* hat dabei die Ausprägungen 0 (vertraue eher nicht) und 1 (vertraue eher). Neben den konkreten Einstellungen zur EU und ihren Institutionen gehen wir weiterhin davon aus, dass die Identifikation der Bürger mit Europa ihre Einstellung zur Erweiterung beeinflusst. Dieter Fuchs et al. (2009) konnten zeigen, dass die Identifikation mit Europa die Unterstützung der EU im Allgemeinen

und des Erweiterungsprozesses im Besonderen beeinflusst. Harald Schoen (2008) fand für Deutschland einen ähnlichen Zusammenhang für die Unterstützung der Aufnahme der Türkei heraus. Wer sich nicht nur mit seinem eigenen Land oder seiner eigenen Region identifiziert, sondern auch mit Europa als Ganzem, wird einer Erweiterung der EU auch dann offen gegenüberstehen, wenn diese Erweiterung – wie im Fall der Türkei zu erwarten – mit Kosten und ökonomischen Nachteilen für das eigene Land einhergeht. Wir vermuten:

H 4c: Je stärker die Identifikation mit Europa, desto eher wird ein Beitritt der Türkei befürwortet.

Auch für die *Identifikation mit Europa* steht im Eurobarometer eine geeignete Variable zur Verfügung: Die Menschen wurden gefragt, ob sie sich niemals (= 1), manchmal (= 2) oder oft (= 3) nicht nur als Deutsche, Franzosen usw. sehen, sondern auch als Europäer.

Insgesamt gehen wir also davon aus, dass die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zum EU-Beitritt der Türkei von ihrer Einschätzung der ökonomischen Kosten eines solchen Beitritts, von den kulturellen Unterschieden, ihren politischen Orientierungen und von ihren allgemeinen Einstellungen zu Europa und der Europäischen Union abhängen.

3.5 Empirische Ergebnisse

Um unsere Hypothesen zu überprüfen, haben wir logistische Regressionsmodelle berechnet, die den Einfluss der einzelnen Erklärungsfaktoren auf die Wahrscheinlichkeit der Befürwortung eines Türkei-Beitritts wiedergeben. Tabelle 4 berichtet die Ergebnisse.¹³

¹³ Da ein Teil der unabhängigen Variablen Kontextvariablen, der andere Teil Individualvariablen sind, haben wir zusätzlich eine Mehrebenenanalyse durchgeführt. Diese kommt bezüglich des Gesamtmodell zu den gleichen Ergebnissen, mit einer Ausnahme: Der Effekt der Arbeitslosenquote ist nicht mehr signifikant, dafür aber der Effekt der individuellen Arbeitslosigkeit; dieser geht in die umgekehrte Richtung als erwartet. Da die Ergebnisse einer logistischen Regression leichter verständlich sind als die einer Mehrebenenanalyse, beschränken wir uns hier auf die Darstellung der Ergebnisse der logistischen Regression.

Tabelle 4: Multivariate Analyse zur Erklärung der Einstellungen zum EU-Beitritt der Türkei

	Nutzen- kalkulation	Kulturelle Unterschiede	Politische Orientie- rung	Einstellun- gen zur EU	Gesamt- modell
Bildung	0,025**				0,004
Arbeitslos	0,29*				0,20
Wirt. Lage – Person	0,07*				0,03
Wirt. Lage – Land	0,13***				0,07*
Nutzen EU-	0,67***				0,22*
Mitgliedschaft					
Arbeitslosenquote	-0,06***				-0,07***
Ausländeranteil	-0,08***				-0,09***
Nettoempfänger	0,71***				0,81***
Religion – kath / prot ^{a)}		-0,21**			-0,26**
Religion – orthodox ^{a)}		0,42**			-0,29**
Religion – muslimisch ^{a)}		0,82*			1,13**
Einwanderer tragen bei		0,61***			0,51***
Mitte ^{b)}			-0,37***		-0,24*
Rechts ^{b)}			-0,45***		-0,51***
Einstellung zur Vertiefung				1,02***	0,97***
Institutionenvertrauen–EU				0,49***	0,19*
Fühlen als EU-Bürger				0,29***	0,15**
Alter	-0,01**	-0,01***	-0,01***	-0,01***	-0,01*
Konstante	-1,37***	-1,69***	0,11	-1,83***	-2,27***
N	11845	11845	11845	11845	11845
Pseudo-R ²	7,5 %	6,7 %	1,1 %	5,5 %	13,6 %

Logistische Regression (0 = gegen Beitritt, 1 = für den Beitritt). Berichtet werden Logit-Koeffizienten. Signifikanzen basieren auf robusten Standardfehlern. a) Referenzkategorie: keine / konfessionslos. b) Referenzkategorie: links. * p<0,05 ** p<0,01 *** p<0,001

Im ersten Modell wurden die verschiedenen Indikatoren für eine rationale Kosten-Nutzen-Abwägung aufgenommen.¹⁴ Alle diese Variablen leisten einen signifikanten Erklärungsbeitrag für die Einstellungen zum Türkei-Beitritt. Allerdings ist der Effekt der Bildung äußerst gering: Fünf Jahre mehr Bildung erhöhen das Chancenverhältnis, dem Türkei-Beitritt eher zuzustimmen als ihn abzulehnen, nur um den Faktor 1,13.¹⁵ Das entspricht z.B. einer Erhöhung der Wahrscheinlichkeit, dem Beitritt zuzustimmen, von 40 auf nur 43 %. Auch die Effekte der Arbeitslosigkeit und der Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Situation sind recht klein, zudem ent-

¹⁴ In allen Modellen wurde der Einfluss des Alters kontrolliert, da aus anderen Studien bekannt ist, dass die Einstellung zur Europäischen Integration altersabhängig ist und das Alter auch mit den anderen Variablen korreliert.

¹⁵ $1,13 = (\exp 0,025)^5 = \exp 0,125$.

spricht der Effekt der Arbeitslosigkeit nicht der erwarteten Richtung. Offenbar hat die objektive ökonomische Lage von Personen kaum einen Einfluss auf die Einstellung zur EU-Erweiterung.

Durchaus eine Rolle spielt dagegen die ökonomische Lage des Landes, in dem ein Befragter lebt, gemessen an der Arbeitslosenquote. Je höher die Arbeitslosigkeit ist, desto weniger Menschen befürworten den Beitritt der Türkei. Eine um fünf Prozentpunkte höhere Arbeitslosigkeit führt beispielsweise zu einer Abnahme der durchschnittlichen Zustimmung von 40 auf 33,6 %. Wie der leicht positive Effekt der individuellen Arbeitslosigkeit aber zeigt, heißt das nicht, dass es in Ländern mit höherer Arbeitslosigkeit nur die Arbeitslosen sind, die sich von einem potentiellen Beitritt der Türkei in ihrer ökonomischen Situation bedroht fühlen. Vielmehr scheinen dort auch andere Menschen einen Verlust ihres Arbeitsplatzes zu befürchten. Das zeigt sich auch im relativ starken Effekt der subjektiven Einschätzung der ökonomischen Situation des Landes. Diejenigen, die diese Lage am optimistischsten einschätzen, haben gegenüber den größten Pessimisten eine 2,2-mal so hohe Chance, dem Beitritt zuzustimmen, was z.B. einer Wahrscheinlichkeit von 60 % gegenüber 40 % entspricht. Ebenfalls bestätigt wird unsere Annahme hinsichtlich des Ausländeranteils in einem Land. Je höher dieser ist, desto eher lehnen die Menschen den Beitritt der Türkei ab. Ist der Ausländeranteil um 5 % höher, sinkt die durchschnittliche Zustimmung zum Beitritt beispielsweise von 40 auf 31 %. Das steht im Einklang mit der Tatsache, dass viele Bürger nach einem Beitritt Migrationsbewegungen von der Türkei in ihr Land erwarten und wahrscheinlich befürchten.

Auch die Einschätzung der fiskalischen Kosten, die durch eine Mitgliedschaft der Türkei auf die jetzigen EU-Länder und deren Bürger zukommen könnten, beeinflusst die Einstellungen der Menschen. Wie der starke positive Effekt der Variable Nettoempfänger zeigt, befürworten in diesen Ländern deutlich mehr Menschen die Mitgliedschaft der Türkei als anderswo. Wir nehmen an, dass der Grund darin liegt, dass hier eher die Vorteile der eigenen EU-Mitgliedschaft von den Menschen wahrgenommen werden und mögliche finanzielle und ökonomische Nachteile, die sich für das Land aus dem Beitritt der Türkei ergeben könnten, weniger im Bewusstsein sind als in Ländern, die jetzt schon Nettozahler sind. Das bestätigt sich auch auf der individuellen Ebene, wie der positive Effekt der Variable „Nutzen der EU-Mitgliedschaft“ zeigt: Diejenigen, die glauben, dass ihr Land von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitiert, sind viel eher für einen Beitritt der Türkei als Menschen, die keinen Nutzen der Mitgliedschaft wahrnehmen. Dies alles spricht dafür, dass tatsächlich Kosten-Nutzen-Abwägungen für die Beitrittseinstellungen der Menschen relevant sind.

Im zweiten Modell prüfen wir die These, ob kulturelle Unterschiede die Einstellung zur EU-Mitgliedschaft der Türkei beeinflussen. Wie weiter oben gezeigt wurde, rechnen fast alle Befragten mit Wanderungsbewegungen aus der Türkei nach einem Beitritt. Entscheidend für die Einstellung zur EU-Mitgliedschaft der Türkei ist nun die Bewertung dieser Bewegungen. Wie der stark positive Effekt der Variable „Einwanderer tragen zum Land bei“ zeigt, befürworten Menschen, die Einwanderung und Einwanderer als positiv für ihr Land ansehen, den EU-Beitritt der Türkei viel

eher als diejenigen, die Einwanderung als negativ bewerten und sich eventuell vor den damit verbundenen Veränderungen der eigenen Kultur und Lebensweise fürchten. Das entspricht unseren Erwartungen. Zudem zeigt sich auf der individuellen Ebene, dass sich diese Einstellungen in Abhängigkeit von der Konfession der Befragten unterscheiden. Im Vergleich zu Konfessionslosen, die hier die Referenzkategorie bilden, lehnen katholische und protestantische Befragte einen Beitritt der Türkei eher ab, während Orthodoxe ihm eher zustimmen. Erwartungsgemäß ist die Zustimmung bei den Muslimen von allen Gruppen die weitaus höchste.

Das spricht zusammen mit den in Tabelle 4 präsentierten Ergebnissen dafür, dass zum einen von den Menschen wahrgenommene kulturelle Unterschiede zur Türkei tatsächlich als Bedrohung und damit als Hinderungsgrund für einen Beitritt wahrgenommen werden. Zum zweiten werden diese kulturellen Unterschiede an der Religion festgemacht. Das erklärt, warum die Türkei als muslimisches Land eine stärkere Ablehnung von den EU-Bürgern erfährt als andere Beitrittskandidaten, die in anderen Bereichen wie Sprache und Wertvorstellungen auch von den jetzigen Mitgliedsländern abweichen.

Das dritte Modell überprüft den Einfluss der politischen Orientierungen auf die Haltung zum Türkei-Beitritt. Auch hier finden sich die erwarteten Effekte, allerdings bei einer geringen Modellgüte. Diejenigen, die sich selbst der politischen Mitte zuordnen, lehnen den Beitritt der Türkei mit höherer Wahrscheinlichkeit ab als Menschen, die sich selbst als links bezeichnen. In noch stärkerem Ausmaß gilt das für diejenigen, die eher rechts orientiert sind. Offenbar ist es nicht so, dass Menschen mit extremen politischen Orientierungen skeptisch gegenüber einem Beitritt der Türkei sind. Vielmehr steigt die Ablehnung, je mehr man sich von links dem mittleren und rechten Spektrum politischer Orientierungen nähert.

Im vierten Modell haben wir überprüft, inwieweit die generelle Haltung der Befragten zur Europäischen Union und zu Europa ihre Meinung zum Türkei-Beitritt beeinflusst. Hier zeigen alle Indikatoren positive Effekte: Menschen, die sich zusätzlich zur nationalen oder regionalen Zugehörigkeit als Bürger Europas wahrnehmen, stimmen dem Beitritt der Türkei eher zu als Menschen, die sich überhaupt nicht als Europäer fühlen. Unabhängig davon stehen diejenigen, die den Institutionen der EU ein hohes Vertrauen entgegenbringen, einem Beitritt der Türkei positiver gegenüber. Offenbar sind diese Menschen eher als andere davon überzeugt, dass die Institutionen der EU mit einer Türkei-Erweiterung nicht überfordert wären und mit den Konsequenzen umgehen könnten. Entgegen unserer Erwartung wird von den Bürgerinnen und Bürgern dabei kein Zielkonflikt zwischen einer zunehmenden Vertiefung der EU und der Erweiterung wahrgenommen. Diejenigen, die sich für eine stärkere politische Integration und eine weitere Übertragung von Kompetenzen auf die EU-Ebene aussprechen, befürworten auch eher die Mitgliedschaft der Türkei. Dieser Zusammenhang ist sogar besonders ausgeprägt. Gegenüber denjenigen, die eine Vertiefung der EU vehement ablehnen, haben diejenigen, die sich in allen abgefragten Politikbereichen eine Vertiefung wünschen, eine 2,8-mal so große Chance, den Beitritt der Türkei zu befürworten. Das entspricht einem Unterschied in der Wahrchein-

lichkeit von 40 versus 65 %. Tendenziell werden Vertiefung und Erweiterung also gleichzeitig befürwortet oder abgelehnt.

Insgesamt scheinen die Europa-Orientierung, die Angst vor kulturellen Unterschieden und ökonomische Erwägungen die Einstellungen der Menschen zum Türkei-Beitritt etwa in gleichem Maße zu beeinflussen. Abschließend haben wir überprüft, ob die bisherigen Ergebnisse auch unter Kontrolle der jeweils anderen Variablen Bestand haben. Wie Modell 5 zeigt, ist das weitgehend der Fall. Von den Indikatoren für ökonomische Nutzenerwägungen sind zwar die Effekte der Bildung, Arbeitslosigkeit und der Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Situation nicht mehr signifikant. Diese Effekte waren allerdings auch vorher schon sehr gering bzw. zeigten im Falle der Arbeitslosigkeit in eine unerwartete Richtung. Die persönliche ökonomische Situation und deren subjektive Einschätzung scheinen also für die Einstellungen zum Beitritt der Türkei keine Rolle zu spielen. Das gilt nicht für die wirtschaftliche Situation des Landes und ihre subjektive Bewertung: Die Effekte der Makroindikatoren Arbeitslosenquote, Ausländeranteil und Nettoempfängerland werden in diesem Modell sogar stärker und auch die subjektiven Einschätzungen durch die Befragten bleiben signifikant.

Auch die Bewertung kultureller Unterschiede hat weiterhin einen signifikanten Einfluss auf die Einstellungen zum Türkei-Beitritt. Insbesondere lehnen christliche Befragte einen Beitritt eher ab als Konfessionslose, während Muslime deutlich häufiger zustimmen. Auch der Einfluss der Bewertung von Einwanderung hat sich im Vergleich zu Modell 2 kaum verändert. Das gilt auch für die politischen Orientierungen. Insgesamt zeigt sich in diesem Modell noch stärker, dass eine Ablehnung der Mitgliedschaft der Türkei umso wahrscheinlicher wird, je weiter rechts sich Befragte im politischen Spektrum verorten. Auch die Effekte der allgemeinen Einstellungen zur EU sind im Gesamtmodell nur geringfügig kleiner als ohne die Kontrolle anderer Variablen. Wer sich als Europäer fühlt, eine Vertiefung der EU befürwortet und den Institutionen der EU Vertrauen entgegenbringt, ist auch eher für den Beitritt der Türkei.

Insgesamt werden unsere Hypothesen weitgehend bestätigt: Je höher die Bürger den ökonomischen Nutzen eines potentiellen Türkei-Beitritts für ihr Land einschätzen, je geringer die faktischen oder befürchteten kulturellen Unterschiede sind und je positiver die Befragten Europa und der Europäischen Union insgesamt gegenüberstehen, desto eher befürworten sie auch die Erweiterung der EU um die Türkei. Insbesondere das letzte Modell hat dabei gezeigt, dass es sich hier nicht um alternative, einander ausschließende Erklärungsansätze handelt, sondern um Faktoren, die unabhängig voneinander wirken.

4. Ausblick

Die Europäische Union hat nach langem Zögern die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei eröffnet. Einige Beobachter gehen davon aus, dass die EU aus verschiedenen Gründen ein strategisches Interesse daran hat, die Türkei stärker an Europa zu binden. Die Türkei hat umgekehrt in den letzten Jahren große Anstrengungen unter-

nommen, um durch politische und wirtschaftliche Reformen die geforderten Beitrittskriterien zu erfüllen und sich auch sozioökonomisch den Ländern der EU annähert. Zugleich wird ein tatsächlicher Beitritt des Landes zur EU zunehmend unwahrscheinlicher. Wie unsere Analysen gezeigt haben, ist der Rückhalt für die von der EU angestrebte Erweiterungspolitik in der Bevölkerung gering und ist über die Zeit sogar gesunken. Unsere Analyse der Eurobarometer-Umfrage hat ergeben, dass ausgerechnet in den Ländern, in denen die Ratifikation eines möglichen Beitrittsvertrages nicht auf parlamentarischem Wege, sondern über ein Referendum erfolgen soll, die Bürgerinnen und Bürger einem Beitritt der Türkei besonders ablehnend gegenüberstehen. Dass aus momentanen Zustimmungsqüoten von 24 % in Frankreich und 5,6 % in Österreich in der Zukunft eine Mehrheit für einen Beitritt entstehen könnte, erscheint nicht sehr wahrscheinlich. Scheitert ein Beitritt der Türkei am Ende an einem Referendum in einem der Mitgliedsländer, dann wäre der Schaden für das Verhältnis der EU zur Türkei wohl enorm. Seit 1963 versucht die Türkei, Mitglied der EU zu werden. Sie unterzieht sich mühsamen Beitrittsverhandlungen und unternimmt weiterhin große Anstrengungen, um die Beitrittskriterien zu erfüllen. Steht ganz am Ende dieses langen Prozesses trotz Erfüllung der formalen Beitrittskriterien eine Ablehnung der Türkei durch die Bevölkerung eines der Mitgliedsländer der EU, kommt dies einer Brüskierung und auch einer öffentlichen Kränkung der türkischen Bevölkerung gleich.

Unsere Ursachenanalyse legt den Schluss nahe, dass sich die Einstellungen der Bürger nur in eine positive Richtung verändern werden, wenn sie davon überzeugt werden, dass der Erweiterungsprozess nicht mit übermäßigen finanziellen Kosten für die jetzigen Mitgliedsländer verbunden ist und nicht zu stärkeren Migrationen von den Beitrittsländern in die wohlhabenden Mitgliedsländer führen bzw. mit Nachteilen für die einheimische Bevölkerung verbunden sein wird. Will die Politik die Einstellungen der Bürger zu einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU beeinflussen, dann kann sie versuchen, genau diese Ursachenfaktoren zu modifizieren. Insbesondere müssten die wirtschaftlichen und politischen *Vorteile* einer EU-Mitgliedschaft der Türkei für die Menschen in den jetzigen Mitgliedsländern besser dargelegt und kommuniziert werden. Bedenken, dass die durch einen Beitritt ausgelösten Migrationsbewegungen eine Bedrohung für die Kultur und Arbeitsmärkte der EU-Länder sind bzw. als solche wahrgenommen werden, könnten durch eine längerfristige Beschränkung der Freizügigkeit verringert werden.

Zudem gilt es jetzt schon, über mögliche Alternativen zu einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU nachzudenken und einen „Plan B“ vorzubereiten. Cemal Karakas, ein Politikwissenschaftler aus Marburg, hat das Modell einer „abgestuften Integration“ vorgeschlagen, in dem „die Türkei nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch (teil-)integriert wird und für die integrierten Bereiche ein sektorales Mitscheidungsrecht ohne Anrecht auf ein Veto im Rat bekommt“. Mit diesem Modell sieht er mehrere Vorteile verknüpft: „... die politische Integration der Türkei in europäische Strukturen, ohne die EU institutionell zu überdehnen; der zusätzliche Zeitgewinn, den sowohl die EU als auch die Türkei für weitere Reformen brauchen werden; der komparative Kostenvorteil für die EU gegenüber einer Vollmitglied-

schaft“ (Karakas 2005). Die Vorstellung einer abgestuften Integration ist ja bereits heute auch für andere Länder Realität. Es gibt eine Gruppe der EU-Länder, die eine gemeinsame Währung eingeführt hat; es gibt eine andere Gruppe, die zu den Schengen-Ländern gehört. Modelle der abgestuften Integration gilt es auch für die Türkei politisch vorzubereiten, damit man am Ende, wenn eine Vollmitgliedschaft abgelehnt werden sollte, nicht handlungsunfähig ist.

Literatur

- Alber, Jens, 2004: Gehört die Türkei zu Europa? – Ein Sozialporträt der Türkei im Licht vergleichender Daten der Umfrageforschung. *Leviathan* 32: 464-494
- Alber, Jens, 2007: Where Turkey stands in Europa and why it should be admitted to the EU. Discussion Paper SP I 2007 – 205. Social Science Research Center Berlin.
- Anderson, Chris & M. Shawn Reichert, 1996: Economic Benefits and Support for Membership in the EU. A Cross-National Analysis. *Journal of Public Policy* 15: 231-249.
- Anderson, Christopher J. & Karl C. Kaltenthaler, 1996: The Dynamics of Public Opinion toward European Integration, 1973-93. *European Journal of International Relations* 2 (2): 175-199.
- Berezin, Mabel & Juan Díez-Medrano, 2008: Distance Matters: Place, Political Legitimacy and Popular Support for European Integration. *Comparative European Politics* 6: 1-32.
- Carey, Sean, 2002: Undivided Loyalties. Is National Identity an Obstacle to European Integration? *European Union Politics* 3(4): 387-413.
- Carrubba, Clifford J., 2001: The Electoral Connection in European Union Politics. *The Journal of Politics* 63(1): 141-158.
- De Vreese, Claes & Haj Boomgaarden, 2005: Projecting EU Referendums: Fear of Immigration and Support for European Integration. *European Union Politics* 6(1): 59-82.
- Diekmann, Andreas, 2007: *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen.* Reinbek: Rowohlt.
- Eichenberg, Richard & Russel Dalton, 1993: Europeans and the European Community: The Dynamics of Public Support for European Integration. *International Organization* 47: 507-534.
- Esser, Hartmut, 1986: Können Befragte lügen? Zum Konzept des "wahren Wertes" im Rahmen der handlungstheoretischen Erklärung von Situationseinflüssen bei der Befragung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 38: 314-336.
- Europäischer Rat, 1993: Kopenhagener Kriterien,
URL: http://europa.eu/scadplus/glossary/accesion_criteria_copenhagen_de.htm, 02.02.09.
- Fuchs, Dieter & Hans-Dieter Klingemann, 1990: The Left-Right-Schema. S. 203-324 in M. Kent Jennings, Jan van Deth et al. (Hrsg): *Continuities in Political Action – A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies.* Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Fuchs, Dieter, Isabelle Guinaudeau & Sophia Schubert, 2009: National Identity, European Identity and Euroscepticism. S. 91-114 in Dieter Fuchs, Raul Magni-Berton and Antoine Roger (Hrsg.), *Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites.* Opladen & Farmington Hills: Barbara Budrich.
- Gabel, Matthew, 1998: Public Support for European Integration: An Empirical Test of Five Theories. *The Journal of Politics* 60(2): 333-354.
- Gabel, Matthew & Harvey Palmer, 1995: Understanding Variation in Public Support for European Integration. *European Journal of Political Research* 27: 3-19.
- Gerhards, Jürgen unter Mitarbeit von Michael Hölscher, 2005: *Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei.* Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gerhards, Jürgen & Silke Hans, 2008: Die Grenzen Europas aus der Perspektive der Bürger. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 35/36: 6-13.
- Hooghe, Liesbet & Gary Marks, 2005: Calculation, Community and Cues. Public Opinion on European Integration. *European Union Politics* 6(4): 419-443.
- Karakas, Cemal, 2005: Für eine abgestufte Integration. Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Standpunkte. Heft 4.
- Karp, Jeffrey A. & Shaun Bowler, 2006: Broadening and Deepening or Broadening versus Deepening. The Question of Enlargement and Europe's 'Hesitant Europeans'. *European Journal of Political Research* 45: 369-390.

- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2008a: *Turkey 2008 Progress Report. Commission Staff Working Document* (COM 2008-674). Brüssel, 05.11.2008.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2008b: Erweiterungstrategie und wichtige Herausforderungen 2008-2009. Mitteilungen der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament (KOM(2008) 674). Brüssel, 05.11.2008
- Lang, Kai-Olaf & Daniela Schwarzer, 2007: *Die Diskussion über die Aufnahmefähigkeit der EU. Nötiger Zwischenschritt oder Ende der Erweiterung?* Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik - SWP-Studie 31.
- Marks, Gary, Carole J. Wilson & Leonard Ray, 2002: National Political Parties and European Integration. *American Journal of Political Science* 46(3): 585-594.
- McLaren, Lauren M., 2002: Public Support for the European Union. Cost/Benefit Analysis or Perceived Cultural Threat? *The Journal of Politics* 64(2): 551-566.
- Nissen, Sylke, 2003: Who Wants Enlargement of the EU? Support for Enlargement among Elites and Citizens in the European Union. *Czech Sociological Review* 39(6): 757-772.
- O'Rourke, K.H., 2003: Heckscher-Ohlin Theory and Individual Attitudes Towards Globalization, Conference Paper Eli Heckscher Celebratory Symposium, Stockholm School of Economics, May 22-24. S. 107-138 in R. Findlay, R. Henriksson et al. (Hrsg.) (2006): *Eli Heckscher, International Trade, and Economic History*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Rippl, Susanne et al., 2005: Die EU-Osterweiterung als Mobilisierungsschub für ethnozentrische Einstellungen? Die Rolle von Bedrohungsgefühlen im Kontext situativer und dispositioneller Faktoren. *Zeitschrift für Soziologie* 34(4): 288-310.
- Schäfer, Mike & Ulrike Zschache, 2008: Vorstellungen über die EU in der öffentlichen Debatte. Eine Analyse deutscher Pressekommentare. *Sociologica Internationalis* 1: 69-90.
- Schoen, Harald, 2008: Die Deutschen und die Türkeifrage: eine Analyse der Einstellungen zum Antrag der Türkei auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union. *Politische Vierteljahresschrift* 49(1): 68-91.
- Strabac, Zan & Ola Listhaug, 2008: Anti-Muslim Prejudice in Europe. A Multilevel Analysis of Survey Data from 30 Countries. *Social Science Research* 37: 268-286.